

# Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 11.

Leipzig, den 14. März.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12 1/2 Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Sainstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes C. W. Bollrath Bindmühlenstr. 11. Für Dresden Filiale Expedition F. W. Grellmann Ballstraße 10.

Mit Nr. 13 schließt das erste Quartal unseres Wochenblattes, und wir bitten die geehrten Abonnenten, die Bestellungen auf das neue Quartal rechtzeitig zu bewirken, damit die Zusendung des Blattes keine Unterbrechung erleide.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Zur Charakteristik der gegenwärtigen Ibeuerung und Geschäftstodung. — Weiße Sklaven. — Eine Stimme aus dem russischen Polen. — Aus England. — Aus Amerika. — Vermischtes.

## Politische Uebersicht.

Der Ertrinkende greift nach einem Strohhalme, und so ist es nicht zum Verwundern, daß das geängstigte Bürgerthum Europas aus der Thronrede des Königs von Preußen und aus einer Aeußerung des französischen Staatsministers Rouher Friedenshoffnungen zu schöpfen sucht. Nur die Verzweiflung kann solche Thorheit entschuldigen. Thronreden sind sprüchwortlich wegen ihrer vagen, unbestimmten Ausdrucksweise, und von ihnen gilt ganz besonders das Wort, daß die Sprache bloß dazu da sei, die Gedanken zu verhüllen; überdies hatte bei dem vorliegenden Anlaß der König von Preußen, welcher den Krieg fürchten muß, ganz besondere Ursache, einen friedlichen Ton anzuschlagen. Was aber die Rouher'sche Aeußerung angeht, so wurde sie — selbst wenn ihr an sich irgend welche Bedeutung inne gewohnt hätte — vollständig aufgehoben durch die ihr unmittelbar folgende Erklärung des Kriegsministers Niel: „In ein paar Monaten hat unsere gesammte Armee das neue Gewehr, das vollkommenste in Europa. Die anderen Staaten müssen nothgedrungen sehen, uns nachzukommen; allein wir haben zwei Jahre voraus und das will viel sagen.“ Das heißt: In ein paar Monaten sind wir kriegsbereit, und das Ausland, welches es nicht ist, muß nach unserer Pfeife tanzen! Zur Noth braucht man auch die paar Monate nicht verstreichen zu lassen. Schon jetzt hat Frankreich nach den Auslassungen seines Kriegsministers, der nicht im Geruch der Phrasenmacherei steht, einen großen Vorsprung. Hatte es ihn doch sogar bereits im vorigen Frühjahr. „Hätten wir im letzten Frühjahr 140.000 Mann weniger unter den Waffen gehabt, so wären wir heut mitten im Krieg.“ Mit anderen Worten: Wenn Preußen damals nicht die Ueberlegenheit Frankreichs anerkannt und Luxemburg gutwillig herausgegeben hätte, wäre es durch einen Krieg dazu gezwungen worden.

Beiläufig ein prächtiges Streiflicht auf die renommistich

angepriesene „Machtstellung“ Großpreußens und des Norddeutschen Sonderbunds!

Wenn wir ferner bedenken, daß Marschall Niel es war, der nach der Schlacht von Königsgrätz den Krieg mit Preußen für eine Nothwendigkeit erklärte, die nur so lange hinausgeschoben werden müsse, bis Frankreich gerüstet sei; und wenn wir weiter bedenken, daß die Richtigkeit der Behauptung Niels, Frankreich habe die beste Infanteriewaffe und damit einen Vorsprung vor dem übrigen Europa, von preussischer Seite indirekt durch das Eingeständniß zugegeben wird, daß das Zündnadelgewehr den Zeitansprüchen nicht mehr genügt — so können wir den Ernst der Situation einigermaßen würdigen.

Wie die „Aktion“, welche das imperialistische Frankreich offenbar beabsichtigt, und deren es zur Fristung seiner Existenz dringend bedarf, in Szene gesetzt werden soll, das ersehen wir in ziemlich deutlichen Umrissen aus den Gerüchten, die über die Reise des Prinzen Plonplon geflüstert worden; „Er wolle,“ so versichert man, „die Wiederherstellung Polens aufs Tapet bringen, Preußen von der russischen Allianz abziehen.“

„Die Wiederherstellung Polens“ ist eine Trumppharte, die von den Feinden Preußens längst in Petto gehalten wird. Von den Feinden Preußens. Denn die Spitze der polnischen Frage ist gegen Preußen eben so gut gerichtet, wie gegen Rußland. Oesterreich, die dritte der Theilungsmächte, die aber bekanntlich nur widerstrebend in dieses „größte politische Verbrechen“ willigte, kann durch die Wiederherstellung Polens bloß gewinnen, weil es dadurch seinen Hauptfeind, Rußland, lahm legt. Preußen dagegen besteht nur durch die Unterstützung Rußlands. Bricht es mit Rußland, so verliert es die Operationsbasis für seine Eroberungspolitik in Deutschland, so hört es auf, Preußen zu sein, und muß in Deutschland aufgehen. Preußen die Wiederherstellung Polens und die Zerreißung der russischen Allianz vorschlagen, heißt also, es zu einer Negation seiner hundertjährigen Geschichte auffordern, ihm einen politischen Selbstmord zumuthen. Bestätigt es sich, daß die Reise Plonplon's den angegebenen Zweck hat, so ist der Beweis geliefert, daß Bonaparte die polnische Frage jetzt in derselben Weise gegen Preußen

auszuspielen entschlossen ist, wie vor neun Jahren die Italienische Frage gegen Oesterreich. —

Inzwischen mußt sich die offiziöse preussische Presse nicht; sie duldet lammfromm die französischen Unverschämtheiten; der Muthige weicht zurück — nach Biarritz wie nach Olmütz. —

Graf Bismarck verharrt in seiner offiziellen Krankheit, soll jedoch ungewöhnlich stark arbeiten. Seine letzte Arbeit war die Verzeichnung einer Niederlage, die ihm — ein schwäbischer Bürgermeister beigebracht. Befagter Bürgermeister versäumte es nämlich, die Wahllisten für das Zollparlament rechtzeitig anzufertigen, und die erschreckliche Folge ist, daß die Wahlen in Württemberg und der Zusammentritt des ganzen Zollparlaments verschoben werden mußte. Erwägt man die wichtige Rolle, die dem Zollparlament in der großpreussischen Komödie zugedacht war, so wird man die Tragweite dieses Ereignisses begreifen. Der „große Staatsmann“, durch den Schultheiß von Künzelsau matt gesetzt, wer hätte sich das vor einem Monat träumen lassen! Zum Glück für Herrn von Bismarck ist der Satz: „das Lächerliche tödtet“, nur in Frankreich wahr.

Nun kommt der Reichstag vor dem Zollparlament zusammen, und zwar am 23. d. Monats, d. i. wenn eine genügende Anzahl der diätenlosen Abgeordneten es der Mühe werth erachtet, die Fahrt nach Berlin zu unternehmen. —

Die Leser werden sich wohl erinnern, daß Graf Bismarck neulich eine Lanze für „Dezentralisation“ brach, was seinen „liberalen“ Lobrednern viel Wasser auf die Mühle leitete. In Frankreich führt der Militarismus seit Jahren dieses Wort im Munde, und versteht darunter Stärkung der Präfectenmacht; daß Graf Bismarck seinen gestrengen Lehrmeister an der Seine auch in dieser Beziehung treu kopirt hat, plaudert die „Kreuzzeitung“ aus, indem sie die „Dezentralisation“ als Stärkung der landrätlichen Macht definiert. Wenn ein Landrath dieses oder jenes unbequeme Blatt unterdrücken, diesem oder jenem unbequemen Hungerleider die Pflicht, mäuschenstill den Typhusstod abzuwarten, begreiflich machen will, soll er nicht erst nach Berlin zu telegraphiren haben. Es geht nichts über ein gutes Wort. —

Mittlerweile haben die Ostpreußen es sich wirklich in den Kopf gesetzt, nicht mehr ruhig verhungern zu wollen und in Labiau kam es dieser Tage zu Aufrührungen, — das Volk, welches sich dem kindlichen Glauben hingab, der König habe in seiner väterlichen Güte Nahrungsmittel geschickt, erzwang die Oeffnung einiger Kornmagazine. Natürlich beeilte der Herr Landrath sich, sofort die für solche unverzeihliche Selbsthülfe allein passende Medizin, in Gestalt von bezündneten Soldaten zu verschreiben. Das Mittel ist probat. Narvaez hat es soeben in Spanien mit dem besten Erfolg appliziert. Ein paar Duzend todgeschossen, ein paar Duzend verwundet und die Ueberlebenden sind satt. Hätte man das hausbackene Mittel der Brodsfütterung angewandt, so wäre der Staatsfädel weit schlechter gefahren. Und eine brave Regierung muß ökonomisch sein. —

Die auf dem Weg der Otkroyirung durch Kabinettsordre verhängte Beschlagnahme der dem König von Hannover erst vor wenig Wochen vertragsmäßig zugesicherten Entschädigungssumme gehört in die Kategorie jener Maßregeln, von denen Taillieyrand sagte: sie sind mehr als Verbrechen, sie sind Fehler. Die „Hannöversche Legion“ bietet keinen Rechtfertigungsgrund, da der König von Hannover, wie die Preussischen Minister selbst ausdrücklich bei den Kammerdebatten hervorhoben, auf seine Souveränitätsrechte nicht verzichtet hatte. Geld für den drohenden Krieg gewinnt Preußen auch

nicht, denn es hat ja auf einige Jahre voraus bezahlt. Bleibt als einziges und charakteristisches Motiv die blinde Furcht. —

In Frankfurt, dem einst reichen und freien, Hungertyphus und eine Polizeiverordnung, die zur Illustration Norddeutscher „Freizügigkeit“ jeden Arbeiter, „der binnen drei Tagen oder einer ihm gewährten Nachfrist ein festes Arbeitsverhältniß nicht hat“, zur Ausweisung verurtheilt. „Er muß die Stadt verlassen“, wird es verschämt ausgedrückt. —

Aus Frankfurt wird uns geschrieben: „Als die Preußen hier einrückten, die Stadt mit Gewalt nahmen — eine Kriegserklärung war selbst nicht einmal vorausgegangen — da bedrohte man uns nach Erpressung der ca. 3 Million Thaler (bei ca. 60,000 bürgerlichen Seelen) mit einer weiteren Contribution von 25 Millionen Gulden.“

Der Bürgermeister Fellner, der noch am Tage des Einrückens von den „humanen“ Preußen gefaselt, erhängte sich, die Behörden wurden mit 30 bis 50 Mann Zwangseinquartierung bedacht (ein Gärtner, der zwei Stuben bewohnte, erhielt als Mitglied der Beschließenden Versammlung 36 Mann). — Schließung der Post, der Eisenbahnen, aller öffentlichen Lokale, Cernirung, Beschießung, Plünderung, das sind die „humanen“ Anordnungen, welche der Landrath von Dieß. Manteuffel u. s. w. der deutschen Stadt androhten.

Napoleon I. wollte auch einmal das Städtchen Ziegenhain in Kurhessen so ähnlich behandeln, seine Soldaten weigerten sich aber; von den gebildeten, intelligenten Preußen ist dieß nicht zu sagen. Manche mißbilligten und bedauerten es, daß sie plündern sollten — eine Verweigerung ist nicht bekannt worden, trotzdem die Kanonen bereits nach Sachsenhausen auf den Mühlberg geschafft wurden!!!

Damals hörte man nur von dem großen, mächtigen, reichen Preußen sprechen — alle Bauernjungen gerirten sich als die Söhne großer Gutsbesitzer, und trotzdem Laffalle schon bewiesen, daß 96% Preußen arme Leute seien, hörte man nur von dem heidennmäßig vielen Geld reden.

Jetzt bettelt das reiche Preußen, und auch in Frankfurt hat Mancher sein Scherlein den armen Brüdern gegeben. Aber damals war es wahrlich keine Bruderhand, die uns die Preußen fühlen ließen, höchstens, wie der Abg. Lukas in Straubing sagte — die Bruderhand Kain's, der seinen Bruder Abel erschlug.

Viele Leute vergruben ihre besten Sachen, der Amerikanische Consul stellte seine nationalen Sicherheitskarten aus, viele verließen die Stadt oder schickten Frau und Kinder fort.

Der Schrecken war allgemein — und jetzt soll man den Eltern derselben Leute und diesen selbst Gaben geben? — „Segnet die Guchfluchen“ ist human, aber „Aug um Aug, Zahn um Zahn“ — ist auch menschlich!!!

Unserm Freund sei bemerkt: wenn seine eignen Söhne die Segnungen der regulirten Preussischen Schule und der reorganisirten Preussischen Armee sieben Jahre lang genossen haben, werden sie gegebenen Falls gerade so denken und handeln, wie die Preussischen Soldaten, über die er sich so bitter beschwert. —

Die Zollparlamentswahlen in Hessen sind auf den 18. in Württemberg auf den 24. d. M. anberaumt. Ueberall in Süddeutschland sammelt und organisirt sich die Demokratie. —

In Oesterreich stätiger Fortschritt. Um der Regierung einen Knüttel zwischen die Beine zu werfen, predigen die Pfaffen im Reichstag — Sozialismus. Nun, die Wiener Ar-

beiter sind zu tüchtig und gewißigt, als daß sie auf die Lockweise anbeißen könnten; und Vater Kreuter wird in Oesterreich keine besseren Geschäfte machen, als die Ketteler, Wagner und Consorten im übrigen Deutschland. —

Von dem jüngsten Manifest Mazzini's, aus dem wir in voriger Nummer einen Auszug mittheilten, wurde behauptet, es trage einen föderalistischen Charakter. Gegen diese, auf nichts sich gründende Auslegung protestirt nun Mazzini in einem besondern Sendschreiben, dem wir folgende Stellen entnehmen: „Ich glaube an die Föderation als die Formel des internationalen Verhältnisses, aber ich glaube mit gleicher Inbrunst an die Einheit als die Formel des nationalen Lebens für jedes einzelne Volk. — Was Italien betrifft, so bin ich seit dem Beginn meiner Thätigkeit Unitarier und bin es heute mehr, denn je. Die Einheit ist das unausgesprochene Ziel unfres ganzen gemeinsamen Lebens gewesen; sie ist angefeindet worden durch unsere aristokratischen, kirchlichen und monarchischen Elemente; sie ist zu aller Zeit vom Volke geahnt worden. — Der Föderalismus würde uns ins Mittelalter zurückversetzen; die heute in Italien zu Tage tretenden Uebel haben nichts gemein mit der Einheit, die noch jetzt besteht, sie haben alle ihren Ursprung in der Monarchie. Das Italienische Volk und die Republik können allein uns die Einheit geben. Bis jetzt haben wir von ihr nichts als den Namen. Einheit mit so wenig als möglich zentralisirter Verwaltung für das Italienische Volk, und föderales Band mit allen freien Völkern, welche es knüpfen wollen, — so wird das Glaubensbekenntniß des Italienischen Volks lauten, wenn es in die Arena herabsteigt, um seine Mission zu erfüllen.“

Das mögen sich Diejenigen merken, die den Föderalismus für eine Lebensbedingung der Demokratie halten. In Nord- und Mitteldeutschland z. B. muß die Demokratie nothwendig sozialistisch sein; und der Sozialismus erbeißt zwar die Autonomie, weist aber den Föderalismus zurück. Für Deutschland den Föderalismus als Ziel hinstellen, heißt trennen statt vereinigen, heißt zwischen der Deutschen Demokratie eine Mainlinie ziehen. —

Am 13. dieses Monats wird der Prozeß des Präsidenten der Vereinigten Staaten vor dem als Gerichtshof konstituirten Senat beginnen. Alle Versuche Johnson's, einen militärischen Rückhalt zu gewinnen, sind gescheitert und haben seine Sache nur verschlimmert. So groß ist seine Ohnmacht, daß man ihn während der Dauer des Prozesses nicht einmal von seinem Amt suspendiren will. Wird er, was ziemlich gewiß, schuldig befunden und abgesetzt, so tritt verfassungsgemäß der Präsident des Senats, der brave Wade von Ohio an seine Stelle. Mehr als die Entfernung vom Amte kann zunächst nicht verhandelt werden, aber, nach der Absetzung ist eine weite Anklage vor den gewöhnlichen Gerichten möglich.

Eine von Tausenden besuchte Arbeiterversammlung in Berlin faßte am Montag einstimmig folgende Resolution:

„Die Versammlung vereiniger Handwerker Berlins konstatiert, daß ein außerordentlicher Nothstand unter den Handwerkern und Arbeitern Berlins existirt, und protestirt ganz energisch gegen die vor kurzer Zeit von einigen Vorständen der Berliner Bezirks-Vereine abgegebene Erklärung, daß kein Nothstand in Berlin vorhanden sei; die Versammlung erklärt ferner, daß es nothwendig sei, daß von Seiten der Behörden sofort die Schritte gethan werden müssen, welche den vorhandenen und noch im Zunehmen begriffenen Nothstand beseitigen können; außerdem lehnt die Versammlung jedes Almosen entschieden ab, komme dasselbe von welcher Seite es wolle.“

Im Berliner Maschinenbauerverein hatte vergangenen Sonnabend eine lebhafte Debatte statt über das jüngste Erzeugniß des volkwirtschaftlichen Charlatanismus: die sogenannte Industrial Partnership (Arbeitertheilhaberschaft). Dieselbe besteht darin, daß die Arbeiter durch Aktienentnahme „Mitbesitzer“ des Geschäfts werden und einen Antheil am Gewinn erhalten sollen. Wie schon der Name besagt, stammt das Fabrikat aus England; es hat bei den dortigen Arbeitern aber keine Beachtung gefunden, und soll nun, wie weiland die ebenfalls aus England importirten Consum- und Spar-Vereine, den geduldigen Deutschen Arbeitern als „Mittel zur Lösung der sozialen Frage“ aufgeschwätzt werden. Die Berliner Arbeiter scheinen indes der Sache nicht recht zu trauen, und im Maschinenbauerverein fand die Industrial Partnership mehr Gegner als Vertheidiger. Mit besonderer Schärfe kritisirte sie Herr R. Schmidt. In klarer und strenger Beweisführung zeigte er, wie die Arbeit in der modernen Produktion den Charakter einer Waare habe, als solche stets der Concurrenz unterworfen sei und deshalb auf ihrem Markte für den Betrag ihrer Herstellungskosten von dem Verkäufer, dem Arbeiter, losgeschlagen werden müßte. Die Herstellungskosten der Arbeit seien aber nichts anderes, als die nothwendigsten Lebensmittel des Arbeiters, auf die sich somit der Lohn beschränke, so daß es für die Allermeisten eine platte Unmöglichkeit sei, sich zum Aktionär hinaufzuspüren. Was es heißen solle, wenn man sage, die Arbeiter müßten ihre Theilhaberschaft am Reingewinn zu einer Forderung machen? Verstehe man unter „Forderung“ nichts als den frommen Wunsch, so könnten die Arbeiter wohl sehr lange fordern! Auch die Strikes könnten kein Mittel sein, die Forderung zu verwirklichen, da Erfahrung wie Theorie, Bourgeois-Ökonomen wie Sozialisten über die Erfolglosigkeit von Strikes nur Einer Stimme seien. Betrachtet man die Anwendung von Gewalt als selbstverständlich ausgeschlossen, so bliebe nur der Staat übrig, der durch entsprechende Gesetze die Unternehmer zu zwingen hätte, den Arbeitern Antheil am Gewinn zu geben. Das wäre aber ein so weitgehender Gedanke, wie ihn die Empfehler der Theilhaberschaft sicher zurückweisen würden. Es sei also gar nicht ersichtlich, wie ohne den guten Willen der Fabrikanten die Sache eingeführt werden könnte. Aber selbst wenn die Fabrikanten wollten, so könnten sie nicht, da sie durch die Concurrenz der Großunternehmer verhindert würden. Was als der Vortheil der Unternehmer bezeichnet worden sei, daß die Arbeit „intensiver“ werde, das sei nur ein anderer Ausdruck für die größere Ausnutzung der Arbeitskraft. Darin liege eine sehr große Gefahr für die Arbeiter. Berücksichtigte man zudem, wie leicht die Arbeiter von Spekulanten durch die gewährte Theilhaberschaft um ihre Ersparnisse betrogen werden können, so müsse man gestehen, daß die „Theilhaberschaft“ als Mittel zur Lösung der sozialen Frage betrachtet, im besten Falle eine Illusion sei. — Die Vertheidigung der „Theilhaberschaft“ oder vielmehr ihrer großen Bedeutung (denn nur diese war bestritten worden) war sehr wenig lebhaft. — Herr Parisius meinte, wenn man ein Mittel verwerfe, weil es nicht die soziale Frage radikal löse, so müsse man die Hände in den Schooß legen. Die Produktion durch Privatunternehmer werde neben (!) den Assoziationen bestehen bleiben, so lange die Welt stehe. Wenn ein Redner früher geäußert habe, daß alle wissenschaftlichen Nationalökonomien in der Anerkennung des sogenannten ehernen Lohngesetzes übereinstimmten und daß eine ehernen Stirn dazu gehöre, dies Gesetz zu leugnen, so sei ersteres nicht richtig: er (Parisius) habe allerdings die ehernen Stirne, das Lohngesetz zu bestreiten. Es habe sehr zahlreiche Ausnahmen.

(Herr Parisius, Mitglied der Fortschrittspartei, würde nur

dann mit seinem Einwurf Recht haben, wenn er unter die „wissenschaftlichen Nationalökonomien“ gehörte, wovon wir bisher keine Ahnung gehabt. Jedenfalls hat Herr Schmidt den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er sagt, die Industrial Partnership laufe nur auf intensive Ausbeutung des Arbeiters hinaus.)

Die in vorletzter Nummer als bevorstehend erwähnte Arbeiterversammlung in Dresden zur Berathung über das nach Gewährung der Selbstverwaltung der Gewerksgehilfenkrankenkassen einzubaltende Verfahren hat am 8. März unter sehr starker Betheiligung stattgefunden. Das einträchtige Zusammenwirken aller Parteien (Bildungsvereiner, Cassalleaner und Neutrale) hatte den schönsten Erfolg. Einig in Betreff der von dem Deputirtenverein vorgeschlagenen Resolutionen, war man zwar über die Modalitäten der Ausführung, namentlich über die Richtigkeit einer Centralisation aller Kassen, getheilte Meinung; aber die Erörterungen — unter persönlichen Gegnern — waren rein sachlich gehalten. Das einheitliche Arbeiterinteresse trat nach langer Zeit zum ersten Male wieder siegreich hervor, das ist uns wichtiger als der bloße „ruhige und anständige Verlauf“ der volle drei Stunden von ungetheiltem Interesse zusammengehaltenen Massenversammlung. Die Resolutionen lauten:

- 1) Die Versammlung erachtet es als eine Pflicht des Arbeiterstandes, von dem durch die neue Gesetzgebung unter Aufhebung des Mandats vom 7. Dezember 1810 gewährten Rechte der Selbstverwaltung seiner Krankenunterstützungs- und Begräbniskassen thatsächlich Besitz zu ergreifen.
- 2) Sie richtet, um der Gefahr des Wiederverlierens dieser Selbstverwaltung an obrigkeitlich verwaltete Bezirkskassen zuvorzukommen, an alle Gesellen, Gehülfen und Arbeiter die Aufforderung, die dormalen unter ihnen bestehenden Kassen — nach übereinstimmenden Grundsätzen, beziehentlich im Anschluß an das vom Deputirtenverein entworfene Generalstatut reformirt — fortzuerhalten.“

Zur praktischen Ausführung dieses Rathes, wird zunächst in Versammlungen der verschiedenen Gewerksgenossenschaften zu wirken sein. Das gleichmäßige Vorschreiten dürfte inzwischen, abgesehen von der im Deputirtenverein geschaffenen Centralstelle, auch noch durch fernere allgemeine Versammlungen gefördert werden. So wird man der Gefahr entgehen, welcher die Innungen der Meister erlegen sind, von denen die meisten die durch das Gewerbegesetz gebotene Gelegenheit, sich durch entsprechende Reformen ihren Fortbestand als freiwillige Vereinigungen zu sichern, so saumselig benützt haben, daß die Idee ihrer völligen Aufhebung, nachdem ein immer mehr wachsender Theil der sämtlichen Gewerksgenossen sich außerhalb der alten Corporationen befindet, viel weniger Widerspruch findet als vor 7 Jahren. Möge es dem regameren Arbeiterstande gelingen, sein Selbstgovernment mit glücklicherem Erfolge zu behaupten!

### Zur Charakteristik der gegenwärtigen Theuerung und Geschäftsstockung.

Meerane, im März 1868.

#### I.

Bis noch vor Kurzem war es eine fast allgemein verbreitete Ansicht, daß zwar Theuerung der Lebensmittel, nicht aber auch Hungersnoth, Hungertyphus und dergleichen hieraus noch entspringende demoralisirende Einflüsse auf die menschliche

Gesellschaft je wieder in irgend einem Lande unseres Erdtheils ausbrechen könnten, und stützte sich diese Ansicht besonders auf die mehr und mehr auf wissenschaftlicher Forschung beruhende Führung der Landwirthschaft, auf die Fortschritte der Statistik, auf die gesellschaftlichen, staatlichen und internationalen friedlichen Bestrebungen der Völker, auf die ausgezeichneten Verkehrsanstalten und Verkehrsmittel unserer Zeit, namentlich aber auf die freihändlerische Tendenz unserer Zeit gegenüber der Theuerungspolitik früherer Zeiten. Und doch sind wir hiermit in einem starken Irrthume gewesen; ja wir sind sogar versucht zu behaupten, daß alle die oben genannten Errungenschaften unserer Zeit allein uns einer höhern Freiheit und Unabhängigkeit von den elementaren Wechselfällen auch nicht um einen Schritt näher gebracht haben. Selbst nicht durch sich wiederholende ausgezeichnete Ernten wird die Möglichkeit einer Hungersnoth ausgeschlossen, noch nimmt durch dieselben der allgemeine Wohlstand in ebenmäßiger Gestalt zu. Es liegt die Ursache nach unserer Ansicht, in den trotz alledem überberathenen wirthschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit, indem wir das weise Sprichwort nicht befolgen: „Spare in der Zeit, so hast du in der Noth“. Nicht daß man sagen könnte, es werde jetzt nicht gespart (wie unsere zahlreichen Sparanstalten hinlänglich bezeugen), es kommt aber auf die rechte Art und Weise des Sparens an, und diese meinen wir jetzt selten finden zu können. Wir hoffen, diese unsere Behauptung in Nachstehendem zu begründen.

Bergegenwärtigen wir uns einmal den Zustand einer nur selten irgendwo erreichten Hülle und Fülle in Bedürfnissen des täglichen Lebens und namentlich in Allem was zur Leib- und Nahrung gehört nach einem oder mehreren fruchtbaren Erntejahren, und versetzen wir uns selbst im Geiste an die Stelle der glücklichen Landwirthe. Würden wir nicht Jedem, der uns obiges Sprichwort vorhalten wollte, entgegen: „Jetzt, obgleich wir gesegnete Ernten gehabt haben, können wir doch verhältnißmäßig nur wenig sparen, indem die Früchte unserer Arbeit nur wenig kosten; wir müssen viel Getreide geben für wenig Geld. Und wieder, wären die Preise hoch und hätten wir wenig erbaut, so würden uns auch die hohen Preise wenig nützen, obgleich die Consumenten verhältnißmäßig viel Geld zahlen müßten für wenig Getreide.“ Eine Abwechselung aber zwischen besseren und geringeren Ernten wird erfahrungsgemäß nie ausbleiben. Hier liegt uns nun die Frage sehr nahe: Was hindert uns, uns in den guten Zeiten mit Lebensmitteln für die bösen Zeiten zu versorgen? und glauben wir die Antwort hierauf in Folgendem zu finden.

Der Ueberschuß an landwirthschaftlichen Produkten bei ergiebigen Ernten wird wegen der, ausgezeichneten Ernten in der Regel vorangehenden und mit denselben abwechselnden geringeren Ernten, wie auch wegen des durch die letzteren verminderten allgemeinen Wohlstandes mit wenig Ausnahmen stets möglichst rasch gegen Geld verwerthet. Die größere Sicherheit und Bequemlichkeit des Geldbesitzes lassen es wohl auch der ländlichen Bevölkerung wünschenswerth erscheinen, ihren erzielten Reingewinn in Geld anzulegen, um dasselbe gegen genügende Bürgschaft und widerruflich der Landwirthschaft, dem Gewerbe und dem Handel direkt zuzuwenden oder in Werthpapieren, in Banken und Sparanstalten anzulegen. Ist es aber wohl allgemein zu empfehlen, den auf obige Weise erworbenen Besitz in Geld aufsparen zu wollen? Jener Joseph aus der biblischen Geschichte hatte nicht gesagt: „Sparet euch in den sieben fetten Jahren möglichst viel Geld, damit ihr auch Getreide kaufen könnt, wenn die sieben dünnen Jahre kommen“, sondern er hatte gesagt: „Und sammlet alle Spelzen der guten Jahre, die kommen werden, daß sie Getreide auf-

Schütten in Pharaos Kornhäusern, zum Vorrath in den Städten und verwahrt es." Unterbleibt nun zwar auch das Aufschütten des Erntesegens in unsern Zeiten bei guten Jahren nicht, so geschieht doch solches nicht von Seiten der Consumenten, und noch weniger gelangt der Erntesege direkt in die Hände derselben für den zur Zeit zu erlangenden niedrigen Preis, vielmehr wird er zuerst in die Hände der Großhändler und Spekulanten gebracht (wenn nicht die Erzeuger selbst zum Theil als solche noch zu betrachten sind); in deren Besitz wird er als „Capitalanlage“ aufgeschüttet und ist er von diesen zurückzukaufen, wenn den guten Ernten geringere gefolgt sind, und wenn durch diesen Ueberfluß der Vorjahre dem Mangel der nachfolgenden abgeholfen werden soll, nachdem im günstigsten Falle das größere Publikum Geld gespart hat für diesen Zweck. Was kann dasselbe aber hiermit wohl erreichen? Müssen denn nicht dann diejenigen, welche in guten Jahren das schöne Getreide für wenig Geld hingaben, dasselbe mit vielem Gelde wieder kaufen, und überhaupt Jedermann unter dem Drucke der Theuerung leiden?

Gener Pharaos hielt sein Getreide feil, das heißt doch wohl: hatte er es selbst billig gekauft, so verkaufte er es auch wieder für einen zu erschwingenden Preis — „aus Staatsinteresse“ würden wir heute sagen. Wenn nun aber an die Stelle des Alles umfassenden Staatsinteresses das Privatinteresse tritt, was ist dann wohl natürlicher als der spekulative Getreideaufkauf zum Zweck des Wiederverkaufs, sowie das Zurückhalten auf Preissteigerung, und daß alle Mittel und Wege in Bewegung gesetzt werden, um diesen Zweck zu erreichen? Daß dieser Zweck nicht immer erreicht wird, liegt einfach nur daran, daß Viele in dem gleichen Bestreben sich überbieten und noch gegenseitig (z. B. durch Differenzgeschäfte) sich einander den Gewinn abzujagen bemüht sind. Nicht selten aber wird dieser Zweck der Preissteigerung erreicht, indem schon seit Menschengedenken stets gute Ernten mit geringeren abgewechselt haben, die Zahl der betreffenden Geschäftsunternehmer gegenüber der der Consumenten eine zwar viel kleinere, dafür aber auch viel mächtigere, weil über kolossale Mittel gebietende ist, und weil seit Jahren fast aller überreichliche Erntesege nur durch Unternehmern als Spekulationsartikel aufgespart wird.

Nach den hier angeführten Erläuterungen ist die Frage: was erreichen wir durch unsere modernen Sparsysteme in Hinsicht der Ernährung unserer selbst? eine nicht schwer zu beantwortende Frage, und dürfte die Antwort hierauf lauten: Bald haben wir unverhältnißmäßig hohe, zuweilen aber auch niedrige Getreide- und Fruchtpreise, ohne daß wir aber deren Einflüsse auf unsere Ernährungsweise durch unser eifrigstes Sparen ausgleichen könnten. Es kommt hierbei nämlich noch sehr in Betracht, zu erwägen, ob wohl unsere modernen Sparsysteme von so günstigem Einfluß auf die Erwerbsfähigkeit eines Volkes überhaupt sein können, wie sie hingestellt zu werden pflegen. Um dieß zu können, müssen wir zuvor über das Wesen der Banken und Sparanstalten klar sein. Ueber die Bankinstitute, diese Sparanstalten im Großen, werden wir vielleicht später einmal uns näher verbreiten und hier nur die kleineren noch näher ins Auge fassen. Sparanstalten sind bestimmt, als Sammelpunkte für die kleineren Ersparnisse Unbemittelter zu dienen, die dadurch angesammelten Summen aber zu vorübergehender Benutzung als Fonds bei geschäftlichen Unternehmungen für dieselben wieder bereit zu halten. Eine fleißige Benutzung solcher Sparanstalten wird als Symptom zunehmenden Wohlstandes erkannt. Wohlstand aber besteht seiner Natur nach in reichlichem Besitz von Naturprodukten und Arbeitserzeugnissen, welche das Leben erhalten und angenehm machen. Um nun das Leben zu erhalten und so viel

als möglich auch Wohlstand zu erzeugen, das heißt: um möglichst viel von dem, was nützlich und nothwendig ist, zu erzielen, theilen sich die Menschen jetzt in die verschiedenen hierfür erforderlichen Arbeiten, und benutzen als Ausgleichsmittel das Geld. Geld ist ein sehr theilbares, überall gültiges und, je bequemer, auch um so gesuchteres Werthzeichen für alle Bedürfnisse des Lebens. Da wir nun aber durch die Entwicklung der Kultur, durch die immer mehr sich ausbreitende Arbeitstheilung und durch die großen Vortheile, welche hierbei das Geld als Werthzeichen und Ausgleichsmittel bietet, einmal aus der mittelalterlichen Naturalwirthschaft heraus in eine vollständig ausgebildete Geldwirthschaft hineingetrieben worden sind, und in der Regel geprägtes Geld oder Edelmetalle überhaupt nur als depositalfähige Werthe von den derzeitigen Bankgesellschaften erkannt werden, so ist die Erwerbung von Geld als Werthobjekt oder Selbstwerth (und nicht von Naturprodukten und Arbeitserzeugnissen) nicht nur die Triebfeder aller geschäftlichen Unternehmungen, sondern auch das Streben, allen erzielten Reingewinn in bankmäßiges Geld, in Courant zu verwandeln, jetzt allgemein. Unsere modernen Sparanstalten, wie nicht weniger die Banken (wie wir später sehen werden) unterstützen noch dieses Streben; sie unterstützen nicht unbedingt die Unternehmungen Einzelner durch Gewährung von Geldvorschüssen: sie beschränken als Sparanstalten naturgemäß die Möglichkeit, alle Erzeugnisse der menschlichen Thätigkeit zu verkaufen und den Massen des Volkes wieder zugänglich machen zu können; denn wollte alles Volk Geld sparen und in den Sparanstalten niederlegen, so würde nicht ein vollständiger Verkauf aller Handels- und Gewerbeprodukte wie landwirthschaftlichen Erzeugnisse an das größere konsumirende und meist sehr bedürftige Publikum, sondern nur ein fortwährend zunehmender Verborg derselben stattfinden können, und dadurch wieder die Rentabilität der mit gespartem und wieder entliehenem Gelde gewagten Unternehmungen selbst sehr in Frage gestellt, indem der Endzweck aller dieser Unternehmungen doch wieder ist: Geld verdienen, welches man ansammeln und aus dem Bekehr zurückhalten kann, sobald man dieß für das Sicherste hält. Durch unsere Sparanstalten werden also Einzelnen die Mittel geboten, noch immer mehr zu produziren, während auf der andern Seite durch dieselben das Publikum angehalten wird, möglichst wenig zu konsumiren und lieber Geld zu sparen, so daß nicht eine Uebereinstimmung zwischen Produktion und Konsumtion, welche einen ungestörten Fortgang der Entwicklung der Menschheit bedingt, sondern vielmehr eine scheinbare Ueberproduktion an gewerblichen Erzeugnissen, welche nur Arbeitsmangel und Verdienstlosigkeit für viele Tausende zur Folge haben kann, stattfinden muß.

(Schluß folgt.)

## Weiße Sklaven.

V.

(Schluß.)

Giebt es noch einen Artikel, wo der Kaufmann noch einen ziemlichen Lohn auszahlt, so halten die Verleger eine Conferenz unter sich, um den Arbeitern ja nicht zu viel Lohn einzuhändigen und Keinem solchen Verleger möchten wir es rathen, wenn er noch einen Funken von Religion in sich hat, — es giebt noch Deren welche, — daß er seinen Kollegen sagt, ein Thaler sei doch zu viel, um ein Stück Zeug 3—4 Stunden weit zu expediren. Derselbe würde seine Funktion am längsten betrieben haben, wenn er die Arbeiter nach Gewissen auszahlt; er würde durch seine eigenen Kollegen arbeits-

verlustig werden. Jeder Verleger muß sich daher ganz in die Gesetze der Uebrigen fügen, es wäre sonst um sein irdisches Wohl geschehen. Sieht es noch Kaufleute, z. B. in Glauchau, welche auf Arbeit, die sehr zeitraubend ist, dem Arbeiter außer seinem gewöhnlichen Lohn noch eine Vergütung zukommen lassen, so bleibt aber gewöhnlich diese in den Händen der Verleger; und wenn der Arbeiter etwa durch Nachfrage bei dem Kaufmann dahinter kommt, nun — so ist es von Seiten des Verlegers ein Versehen; aber derselbe weiß auch sehr gut, daß, wenn er die Prämie auszuzahlen genöthigt ist, er sie leicht wiedergewinnen kann; und der Arbeiter hat von vielem Glück zu sagen, wenn er nicht sofort arbeitsverlustig wird. Wenigstens die Arbeit bei dem bisherigen Verleger ist ihm entzogen. Er findet es daher für Recht und Pflicht, sich eine andere Arbeit zu suchen, und anstatt zu einem Verleger, geht er nun direkt zu dem Kaufmann, aber der Kaufmann weist ihn einfach an seine Vertreter, eben die Verleger. Er geht zu einem anderen, der vertröstet ihn auf spätere Nachfrage, wenn aber diese eintritt, so wird er doch übergangen; und schließlich bleibt ihm nichts anderes übrig, er muß, wenn er sein Leben hinfristen will, sich wieder unter die Hände der Verleger begeben, und dann haben diese erst recht Gewalt über ihn. Hat ein solcher Verleger seine Funktion einige Jahre betrieben, so hat derselbe — ganz natürlich — ein schönes Vermögen sich erspart, er legt nun seine bisherige Praxis nieder und fängt ein eigenes Geschäft an. Das Glück will ihm bei jeder Gelegenheit wohl, und zwar deswegen, weil er sich immer nur an solche Orte begiebt, wo die Verleger in Blüthe sind und daher jeder Arbeiter auch keinen anderen als verkürzten Lohn kennt. Deshalb kann er seine Waare viel billiger liefern, als ein regulärer Kaufmann; er kann sie aber auch noch deshalb viel billiger herstellen, weil er stets das schlechteste Material kauft und dem Arbeiter auch schlechtes Gewicht giebt. Wenn das Gewicht richtig ist, fehlen schon meist per Stück 9 Zahlen, bei dem, welches diese Fabrikanten liefern, fehlen oft 70—80 Ellen an einer Zahl; aber dennoch, wenn der Arbeiter sein Stück abgeliefert, erfrecht sich der Fabrikant aller schimpflichen und tyrannischen Ausdrücke als: Spizbube, Lump und dergleichen, und ein ungerechter Abzug vom Lohne wird extra noch beigelegt. Auch verlangt der Fabrikant gravitatisch seine Garne wieder, und dem Arbeiter ist der Nahrungszweig wieder abgeschnitten, und es ist ihm obendrein der ehrliche Name geraubt.

So könnten wir noch manches düstere Bild entwerfen, glauben aber, unsere traurige Lage hinlänglich gezeigt zu haben. Es drängt sich uns die Frage auf: Muß dieß denn so sein? Kann es denn nicht anders, nicht besser werden?

Die Bogen der Noth schlagen hoch, und es ist Zeit, daß der Arbeiter erwache, ehe es zu spät ist.

Müssen St. Niclas.

Der Arbeiterverein.

### Eine Stimme aus dem russischen Polen.

Die freisinnigen Staatsreformen des Herrn von Beust in Oesterreich, die Gleichberechtigung, welche sie den Polen Galizien's gewähren, beginnen auch bei den durch Rußland niedergetretenen Polen Hoffnungen zu erwecken, indem sie zugleich der Erkenntniß Bahn brechen, daß das deutsche Volk keineswegs den Haß verdient, mit dem es von den mißhandelten Polen bisher betrachtet wurde. Ueberzeugt, daß Polens Heil nur aus der Verbrüderung mit dem deutschen Volke hervorgehen kann, spricht sich ein Pole des Königreichs in dem „Dzienik Poznanski“ dahin aus, daß die freisinnige Regierung des

Herrn von Beust nicht nur die Dynastie Oesterreich's sicher stelle, sondern auch den Polen die beste Gelegenheit zur Rettung des Vaterlandes bietet. Es heißt dann in dem Artikel weiter:

„Wir stehen nicht an, in Bezug darauf die Ueberzeugung auszusprechen, daß die Zeit kommt, wo wir, mit den Deutschen verbündet, gemeinschaftlich unser Vaterland aus den Ketten des Despotismus befreien und Polen vom Untergange retten werden. Wir würden dadurch das russische Sprüchwort als Lüge erweisen: So lange die Welt steht, werden Polen und Deutsche nie Brüder sein! Auf Rußland können wir uns nimmer stützen; sehen wir doch, wie dasselbe fortwährend auf die Vernichtung unseres Landes, unserer Religion und selbst unseres Namens hinarbeitet.“

Polen befindet sich zwischen zwei großen Mächten: Deutschland und Rußland. Von beiden Seiten gedrückt, müssen wir zu Grunde gehen, wenn wir uns nicht dem Einen oder dem Andern anschließen. Mit Rußland ist Verbündung eine Unmöglichkeit, nicht nur wegen des Hasses, in dem unsere Kinder geboren und erzogen werden, sondern auch wegen des in der Natur begründeten ewigen Protestes gegen die Gesetze Rußlands, welche dahin trachten, das Volk in der Nacht des Aberglaubens und der Unwissenheit zu erhalten. Die rohe Behandlung, welche wir von Rußland erdulden, wird nie aufhören; nie ist an eine Blüthe der Kultur unter Rußland zu denken; die Barbarei, von der es selbst sich nicht befreien kann, wird unser ewiges Loos sein.

Wenn wir dagegen unsere Augen auf das deutsche Volk richten, so werden wir finden, daß es weder in dem Charakter dieser Nation noch in ihrem Interesse liegt, uns zu verfolgen und zu unterjochen. Nur mit dem deutschen Volke, dessen Kultur auf so hoher Stufe steht, und dessen Gedanken fortwährend auf die Freiheit gerichtet sind, können wir Hand in Hand unser Ziel erreichen und dadurch den Panславismus besiegen, der sich auch in Deutschland einzudrängen versucht.

Wir wissen sehr wohl, daß Vorurtheile und politische Traditionen und vor allem die Intriguen der Mächte, welche bei einer solchen Vereinigung am meisten verlieren würden, uns hindernd im Wege stehen. Diese Hindernisse müssen wir überwinden, um eine sichere Grundlage für die Zukunft zu gewinnen. Die Vereinigung kann aber nur auf dem Wege der Gerechtigkeit erreicht werden, indem das deutsche Volk, als das mächtigere, den ersten Schritt thut. Wir sind keine Idealisten und verlangen durchaus nichts Unmögliches. Wir verlangen nur, daß die Deutschen einsehen sollen, wie ihr eigenes Interesse die Einigkeit mit uns Polen fordert, und diese Einsicht sollen sie durch die That beweisen. Sie sollen in Polen den Polen Gerechtigkeit widerfahren lassen, denen in Oesterreich die Hand bieten zur weiteren freibeitlichen Entwicklung, und die Nationalität der Polen schützen. Dann werden ohne Zweifel die Vorurtheile und der Haß schwinden, welche beide Völker trennen, mögen auch einzelne Individuen dabei verharren, und es beginnt die Zeit der Freundschaft, welche beide Theile innig aneinanderschließt. Möge die Demokratie ihr Werk beginnen und die allgemeine Meinung in dieser Richtung fortschreitend sich aufklären! Dann werden die politischen Thaten von selbst kommen. Das erste Resultat dieser Verständigung wird ohne Zweifel ein ewiger Bund zwischen dem preussischen und österreichischen Volke selbst sein. Wir sind darauf gefaßt, daß Mancher an den Bund der Polen und Deutschen nicht glauben und darüber lachen wird; aber unser Glauben ist, daß, wenn die zwei Völker sich verständigen, die polnische Nation nicht zu Grunde gehen und das deutsche Volk seinen wahren Beruf erfüllen werde.“

## Aus England.

London, den 9. März.

Zwei Knaben, einer fünf, der andere sieben Jahre alt, sind hier im Lauf der Woche verhungert. Nach der Aussage des Arztes waren sie durch anhaltende Entbehrungen abgemagert und entkräftet worden, bis die Hungerkrämpfe ihren Leiden ein Ziel setzten. Der Vater, ein Weißschmied, ist über ein Jahr ohne regelmäßige Arbeit gewesen, und die Armenverwaltung wollte nur unter der einzigen Bedingung, daß die ganze Familie ins Arbeitshaus gehe, Unterstützung gewähren. Hunderttausende schweben tagtäglich in derselben Gefahr, während sich der National-Reichtum zusehends vermehrt. Von 1801 bis 1865 stieg das jährliche steuerpflichtige Einkommen der Landeigentümer von 38,500,000 Pfd. St. auf 150,682,260 Pfd. St.; die jährliche Miete für Häuser und Fabriken von 12,000,000 Pfd. St. auf 67,856,891 Pfd. St.; das Einkommen der industriellen Bourgeoisie von 15,000,000 Pf. St. auf 110,105,766 Pf. St.; das der Minen-Ausbeuter stieg von 616,517 Pfd. St. auf 4,792,529 Pfd. St. im Jahre 1860 und 20,451,116 Pfd. St. im Jahre 1865. Während dieses Zeitraumes vermehrte sich die Bevölkerung um 126 Prozent.

Die Ausfuhrliste für 1867 ergibt, daß die Ausfuhr von britischen Erzeugnissen um 7,000,000 Pfd. St. geringer war als im Jahre 1866, aber um 15,000,000 Pf. St. höher als im Jahre 1865. Das Jahr 1865 war ein gutes Geschäftsjahr, das vorige war ein Jahr fast allgemeiner Arbeitslosigkeit. Die Mehrausfuhr von 1867 bestand daher hauptsächlich in der Ueberproduktion früherer Jahre. Selbst der Ausfall im Vergleich mit 1866 ist zum großen Theil durch den Fall der Verkaufspreise erzeugt worden. Zwei Drittel des Ausfalls kommen auf die fabrizirte Baumwolle — dennoch wurden beinahe dreihundert Millionen Yards Baumwollen-Gewebe mehr ausgeführt als im Jahre 1866. Während der spekulirende Wageshals, der die Ueberproduktion beschleunigt, seine Rechnungen im Bankrottgericht ins Neine bringt, und sein Schäfchen zu scheren und ins Trockne zu bringen versteht, allmählich seinen Speicher leert, muß der Arbeiter, den die Macht des Kapitals gezwungen hat, diesen Ueberfluß zu erzeugen, Hunger leiden, wenn nicht verhungern. Ist es ein Wunder, wenn die Arbeiterklasse der Bourgeoisie den politischen Gehorsam aufkündigt und, sowohl hier als in Amerika, Anstalten macht, Vertreter aus ihrer eigenen Klasse in die Gesetzgebung zu schicken?

Vor einigen Tagen hielt der Birminghamer Arbeiter-Ausschuß eine Versammlung, um den Bericht eines früher ernannten Berathungs-Comité's zu hören. Der Bericht lautete, daß alle Gewerbe-Genossenschaften, welchen der Vorschlag, einen Arbeiter ins nächste Parlament zu wählen, vorgelegt worden, denselben günstig aufgenommen haben. Das Comité schlägt vor, daß das Arbeiter-Mitglied des Parlaments einen Jahresgehalt von 300 Pf. St. (2000 Thlr.) erhalten, und daß dieser sowohl als die Wahlkosten, die auf 200 Pfd. St. angeschlagen werden, durch freiwillige Beiträge zusammengebracht werden sollen. Zehntausend Beteiligte, von welchen Jeder jährlich einen Schilling (10 Gr.) beiträgt, sind nöthig, dieses Vorhaben auszuführen. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen, und die Diskussion des Antrags, eine Arbeiter-Vertretungskommission zu bilden, wurde vertagt.

Die drei berühmtesten Universitäten des britischen Königreichs, die Londoner und die alt-aristokratischen von Oxford und Cambridge haben seit einigen Jahren sozial-demokratische Professoren beherbergt. E. S. Beesley, Professor der politischen Oekonomie auf der Londoner Universität, ist ein anerkannter Verteidiger der Arbeiterklasse und der Gewerbe-Genossenschaften

(Trades' Unions), ein erklärter Freidenker, ein Gegner der Bourgeoisie und der bestehenden Eigenthumsverhältnisse. Bei Gelegenheit der Sheffield-Enthüllungen hielt er eine Rede in einer Arbeiterversammlung in Exeter-Hall, über welche er zur Verantwortung gezogen wurde, mit der Absicht, ihn wegen seines offenen Angriffs auf die herrschende Klasse von der Universität zu entfernen. Er erhielt eine Majorität, doch nicht entscheidend genug, um ihn ganz fest zu stellen. Fawcett, Prof. der Staatsökonomie zu Cambridge, etwas konventionell, ist ebenfalls ein erklärter Verteidiger der Arbeiterklasse, und befürwortet hauptsächlich die Cooperativ-Produktion und die Ausdehnung der Fabrikgesetzgebung auf den Landbau. Er sitzt im Parlament als Vertreter von Brighton. Leider ist er durch einen Unglücksfall blind geworden, was ihn jedoch nicht hindert Bücher herauszugeben oder Reden zu halten. Rogers, Professor der Staatsökonomie, ein radikaler Politiker und erklärter Gegner der bestehenden Grundeigenthumsverhältnisse, und Goldwin Smith, Prof. der Geschichte, viel zu sozialdemokratisch für das reaktionäre Pfaffengetümmel, welches in der Oxford-Universität sein arglistiges Wesen treibt, sind beide vor Kurzem von ihren Posten vertrieben worden. Smith wird in kurzer Zeit nach Amerika auswandern. Im Laufe der Woche hielt er einen Vortrag in der Nachbarschaft von London, wo er unter andern sagte: „Was die Arbeiter bei der nächsten Parlamentswahl wohl am meisten zu bekämpfen haben werden, ist nicht so sehr die Aristokratie als die selbst organisirte und überwältigende Macht des Reichthums. Der Reichthum hat sich innerhalb der letzten 50 Jahre sehr rasch vermehrt, und dieser Reichthum ist zu viel konzentriert. Ich hoffe die Zeit wird bald kommen, wo es möglich sein wird, denselben unter die Masse des Volks zu verbreiten. Persönlich will ich nicht strenge über reiche Männer richten, sie sind in diese Stellung versetzt und den Einflüssen des Reichthums unterworfen worden. Aber es ist unmöglich die Existenz eines Klassencharakters unter dem wohlhabenden Theil der englischen Gesellschaft zu verkennen. Bei zwei Gelegenheiten ist dieser Klassencharakter entschieden in den Vordergrund getreten. Er zeigte sich mit fürchterlicher Entschiedenheit in der amerikanischen Frage. Die große Masse der Besitzenden in England schlug sich auf die Seite der Sklaverei, weil dieselbe die Arbeiterklasse in einem Zustande der Unterjochung und Unterwürfigkeit erhielt. Er zeigte sich mit gleicher Klarheit in einer Frage, die nur eine Folge der Vorgänge in Amerika war, ich weise auf Jamaica hin. Die Vorfälle von Jamaica zeigen, wie furchtbar die Macht des Reichthums und wie schwierig es ist, gegen die Klasse der Besitzenden zu kämpfen, besonders in einem Lande, wo das Geld über Alles herrscht. Die kleinen Geschäftsleute hängen selbstverständlich von ihren reichen Kunden ab und sind fast nöthwendigerweise servil. Aber der geschickte Arbeiter in den Städten ist vollkommen unabhängig, und wenn die Tory-Partei in den untern Schichten der Gesellschaft willfährige Werkzeuge zu finden hofft, so irrt sie sich gewaltig. Es ist kaum zu erwarten, daß bei der ersten allgemeinen Wahl Arbeiter gewählt werden. Die Hauptsache ist, daß die von den Arbeitern gewählten Vertreter im ersten Parlament bessere Leute seien, als die Vertreter anderer Klassen. Ich rathe den Arbeitern daher sich zu organisiren. Die Klasse, gegen welche sie kämpfen, obgleich nicht stark an Zahl, ist ungemein mächtig, sie ist durch ihre soziale Stellung von selbst organisirt, und wenn sich die Arbeiter nicht auch organisiren, so richten sie nichts aus.“

Unser neuer Premier-Minister hat sein Debüt gemacht. Frieden nach außen, nicht Frieden um jeden Preis, nicht Frie-

den allein im Interesse von England, sondern einen Frieden, wie ihn das Interesse der Welt erheischt. Die innere Politik soll „liberal“ sein, eine „wahrhaft“ liberale Politik, eine Politik, die sich nicht scheut vor irgend welchen Veränderungen, welche die Mängel des Zeitalters, in dem wir leben, erfordern. — Die irische Frage soll morgen aufs Tapet kommen, die Regierung wird die Gelegenheit benutzen ihr Heilpfaster zu entfalten. Die liberalen Parteiführer drohen, daß, wenn nicht sofort zur That geschritten wird, die „irische Schwierigkeit“ zu erledigen, sie Maßregeln gegen das Ministerium ergreifen wollen. Sie sind lüstern nach den Fleischtöpfen Aegyptens, das Budget ist ihr Aegypten. Die alte Politik, die alten Parteien, die alte Gesellschaft selbst — alles ist in Verwirrung und Auflösung.

### Aus Amerika.

New-York, den 26. Februar.

Das wichtigste Ereigniß, die Anklage gegen Johnson, ist nun endlich erfolgt; die gewaltige Aufregung der letzten Tage hat sich gelegt, und ich will in einem kurzen Rückblick die vorhergehenden Begebenheiten erwähnen. Vor 14 Tagen erschien ein langer Briefwechsel zwischen Johnson und Grant, der Stanton's Wiedereinsetzung behandelte, in Ausdrücken so unverblümt, als man sie nur wünschen kann. Einer nannte den Andern einen Lügner. Johnson brachte Zeugnisse der Kabinet-Mitglieder über die Richtigkeit seiner Darstellung herbei, in deren einem der General-Postmeister Randall Herrn Grant deutlich genug als Schleicher bezeichnete. Und in der That erscheint Grant als Achselträger und Heuchler, der den Präsidenten heimrücksich an der Ausführung seiner Handlungen gegen die republikanische Partei hinderte. Das Justiz-Comité des Hauses lehnte den Antrag, Johnson wegen seiner geschwätzen Handlungsweise in dieser Sache anzuklagen, mit 6 gegen 3 Stimmen ab. Und wem hatte das Johnson zu danken? Demselben Grant, der nach der öffentlichen Erklärung von Th. Stevens überall seinen Einfluß aufgeboten habe, um diejenigen Mitglieder, welche für die Anklage waren, zu demoralisiren, und der durch diese feige Handlungsweise die republikanische Partei getödtet habe. Und trotz alledem ist die Bewegung für Grant als Präsidentschaftskandidaten in stetem Wachsen; für einen Mann, der nicht wagt, seine wahre Gesinnung über die wichtigsten Parteifragen kund zu geben, der sich von Johnson als wortbrüchigen Lügner hat überführen lassen, und der sich auch hier als gemeiner Aemter-Jäger enthüllt hat. Denn nur die Furcht, durch die Anklage seines persönlichen Gegners seine eignen Aussichten auf die Präsidentschaft getrübt zu sehen, und daß der radikale Ben Wade Johnson ersetzt werde, konnte ihn geleitet haben. Aber Johnson war verblendet genug, um selbst die feigen Republikaner des Congresses zum Handeln zu zwingen. Er hat in offener Verletzung des Gesetzes, während der Senat in Sitzung war, Stanton abgesetzt, und vorgestern wurde auch mit überwältigender Mehrheit die Anklage im Hause beschlossen. In einigen Wochen wird der Senat als Gerichtshof über ihn aburtheilen, und wenn Johnson, wie es wahrscheinlich ist, abgesetzt werden sollte, so wird ein glorreicher Schritt zur Centralisation der Regierungsgewalt in den Händen des Congresses gethan sein. Da Johnson diesen Staatsreich gemacht hat, ohne seine Freunde aus der demokratischen Partei um Rath zu fragen, so sagt sich diese offen von ihm los. Wenn zu hoffen gewesen wäre, die ganze gewaltige Macht der Exekutive zu Gunsten des demokratischen Präsidentschaftskandidaten in Bewegung ge-

setzt zu sehen, so hätte man Johnson wohl aufgestellt; nun ist das auch nicht mehr möglich. Seine einzige Hoffnung beruht auf einem langsamem Geschäftsgange beim Senat, und darauf, daß Obergerichter Chase, der dem Senate als Gerichtshof vorsteht, gegen eine Verurtheilung sein werde, weil er selbst als Präsident aufgestellt ist, und also Wade nicht gern zur Herrschaft verhelfen will. Daß es möglich sein sollte, einige republikanische Senatoren zu gewinnen, damit die  $\frac{2}{3}$  Mehrheit nicht erlangt werde, daran ist nicht zu denken. — Alle Gerüchte von gewaltfamen Maßregeln irgend einer Art haben sich als falsch erwiesen; Johnson soll bei einigen Generalen angefragt haben, aber natürlich erfolglos, da alle Befehle für die Armee durch die Hände des Ober-Generals Grant gehen müssen.

### Vermischtes.

In der Debatte des Preussischen Abgeordnetenhauses über den Nothstand in Ostpreußen und die klagliche Regierungsmäßregel zu dessen Abhülfe (3 Millionen, wo 20 nöthig sind) und diese 3 Millionen obendrein größtentheils Denen zugewandt, die der Unterstützung am wenigsten bedürftig sagte Herr Schulze zur Rettung „seines“ Systems der Selbsthülfe: „die Selbsthülfe durch Sparsamkeit ist nothwendig zur Erhaltung der Gesellschaft. Aber zum Sparen gehört die äußere Möglichkeit, lohnende Arbeit zu finden. Daran fehlt es in Ostpreußen. In Folge des Prinzips der Gegenseitigkeit ist in solchen Fällen der Staat verpflichtet, für das einzelne Glied einzutreten. Wollen Sie den Menschen, der gelähmt und an allen Gliedern gebunden vor Ihnen liegt, hier auf Selbsthülfe verweisen, das heißt die Menschen verkommen lassen.“ Mit andern Worten: Jedem, der sich nicht selbst helfen kann, muß der Staat helfen.

Ob die Unfähigkeit zu Selbsthülfe aus natürlichen oder sozialen Gründen entspringt, ob der Unterstützungsbedürftige Arbeiter ist oder Bauer, das kann selbstverständlich nicht den geringsten Unterschied machen. Und das nennt Schulze „sein System retten!“

Consequenter war der volkwirtschaftliche Wander-Hammurabi Faucher, der sich prinzipiell gegen jede „Almosensunterstützung“ erklärte, außer wo der Nothstand „meteorologische Ursachen habe d. h. dem Wetter geschuldet sei. Sobald es gelingt, den lieben Gott nach dem „ewigen“ Befehl von Nachfragen und Angebot Regen und Sonnenschein anfertigen zu lassen, fällt auch diese Ausnahme weg.

Ein Rezept zur Lösung der sozialen Frage wurde jüngst im Oesterreichischen Reichstag mitgetheilt: Abschaffung der Feiertage und Eichorienkaffe Morgens, Mittags und Abends. — Herr von Beust, der bei der nämlichen Gelegenheit auch seinen verblüfften Zuhörern erzählte, hier in Sachsen lernen die Kinder der Armen schon in der Schule, wie das Kapital der Arbeit dienstbar zu machen. Was für glückliche Leute doch unsere eichorienkaffeeinkenden Arbeiter sein müssen, von champagne-trinkenden Capitalisten bedient zu werden!

Der Prozeß des national-liberalen Siegel in Dresden gegen die „Seifenblasen“ ist in zweiter Instanz verhandelt, und die von den „Seifenblasen“ zu zahlende Geldbuße von 100 auf 30 Thlr. herabgesetzt worden. Niedriger läßt sich der Schaden, welcher der Ehre Siegels erwachsen ist, wohl kaum taxiren.